

Beschluss der BDJ-Landesversammlung I/2001

BSE - Die Krise als Chance für einen Neuanfang

Die BSE-Krise hat die Frage nach der Sicherheit der Lebensmittelerzeugung in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Dies beinhaltet neben aller Existenzängste in der Landwirtschaft und Verunsicherung der Verbraucher auch die Chance zu einer stärker an den Interessen der VerbraucherInnen orientierten Agrarpolitik und Agrarproduktion als bisher.

In der derzeitigen Situation bekundet der BDJ seine Solidarität mit denjenigen BäuerInnen, deren Existenz durch die BSE-Krise unverschuldet gefährdet ist. Diejenigen, die fahrlässig oder vorsätzlich illegale Praktiken eingesetzt haben, sind hingegen konsequent zur Rechenschaft zu ziehen. Bei Verdachts- und Krankheitsfällen fordern wir, die Betroffenen zu schützen und ihre wirtschaftliche Weiterexistenz zu ermöglichen. Außerdem müssen schnellst möglich finanzielle Hilfsmaßnahmen von Seiten des Bundes und der Länder ergriffen werden, mit dem Ziel die Betriebe zu erhalten. Ein "Aus" vieler Betriebe wäre kontraproduktiv für die geplante "Agrarwende", da für das Überleben in der derzeitigen Situation allein die Liquidität der Betriebe entscheidend ist, nicht aber ob sie naturverträglich und nachhaltig wirtschaften.

Der BDJ begrüßt die proklamierte Wende in der Agrarpolitik. Die BDJ-Landesversammlung fordert insbesondere:

- eine Abkehr von der bisherigen Bindung der Förderung an Fläche oder Tierzahl, den Systemen der Preisstützung und Mengenregulierung. Als ein wesentliches Kriterium eines zukünftigen Fördersystems wird die Orientierung von Transferzahlungen an der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gefordert. Diese sollen, sofern sie für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung notwendig sind, eine entscheidende Rolle bei der Bemessung der Förderung spielen
- das Vorsorgeprinzip als wichtiges Element einer nachhaltigen Landwirtschaft einzuhalten. Nach diesem Prinzip vermeidet die Landwirtschaft jedes Risiko, das die Gesundheit von Menschen oder die natürlichen Lebenskreisläufe gefährden könnte.
- ein von gegenseitigem Respekt, Anerkennung und besonders von Vertrauen gekennzeichnetes Verhältnis zwischen Landwirtschaft und VerbraucherInnen, das durch einen konstruktiven Dialog zwischen Landwirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und politischen Entscheidungsträgern gekennzeichnet ist.

Die Neuorientierung der Agrarpolitik muss zu einer konsequenten Annäherung der konventionellen Landwirtschaft an den ökologischen Landbau führen. Insbesondere die verbindliche Festlegung von Produktionsstandards und deren Kontrollen müssen in Zukunft auch in der konventionellen Landwirtschaft Standard sein.

Hier braucht es eine offensive Diskussion und verstärkte Bewusstseinsbildung in der Landwirtschaft. Dabei spielt die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung eine wichtige Rolle, hier müssen die Grundlagen für eine ökologische Produktion gelehrt und gelegt werden.

Als konkrete Schritte auf dem Weg aus der BSE-Krise und hin zu einer Neuorientierung der Agrarpolitik in ganz Europa fordern wir:

- eine Stärkung der landwirtschaftlichen Stoffkreisläufe. Denkbar wären hierzu die langfristige Bindung von Tierzahlen an Fläche, die Verpflichtung zum Ausbringen der Gülle auf betriebsei-

gene oder langfristig durch entsprechende Verträge zur Verfügung stehende Flächen in regional begrenztem Umkreis oder die Schaffung wirtschaftlicher Anreize für den regionalen Zukauf von Tieren z. B. durch die Tierseuchenkasse.

- europaweite Anwendung neuer Schlachtmethoden, bei denen das Risikomaterial nicht mehr mit dem zum Verkauf weitergeführten Fleisch in Kontakt kommt.
- Anreize für eine Ausweitung der Anbauflächen für Eiweißpflanzen in Europa, um das tierische Eiweiß ersetzen zu können, ohne auf importiertes genmanipuliertes oder unter sozial oder ökologisch bedenklichen Bedingungen produziertes Soja zurückgreifen zu müssen. Entsprechende Verhandlungen mit den USA sind hierzu aufzunehmen. Kurzfristig soll der Anbau von Eiweißpflanzen auf Stillungsflächen möglich sein.

Agrarpolitik steht in dem Spannungsfeld zwischen Regionalorientierung und Globalisierung. Daher sind die Möglichkeiten einer Wende in der Agrarpolitik realistisch zu betrachten. Deutschland kann diese Wende nicht alleine herbeiführen, muss sich aber aufgrund des gemeinsamen europäischen Marktes in Brüssel für die Agrarwende stark machen. Dies bedeutet auch, dass sich die europäischen Verhandlungsführer konsequent für eine Verankerung von Verbraucherschutz und Umweltbelangen in der Welthandelsorganisation einsetzen müssen.

In der momentanen Situation bietet eine Gesamtkeulung betroffener Bestände den größtmöglichen Verbraucherschutz. Viele wissenschaftliche Erkenntnisse sprechen dafür, dass eine Teil-Keulung nach einem BSE-Fall sowohl den Interessen der VerbraucherInnen an unbelastetem Fleisch als auch den Interessen der LandwirtInnen an einer Weiterführung des Betriebes aber auch Tierschutzgesichtspunkten am besten gerecht wird. Der BDJ fordert deshalb anhand des "Schweizer Modells" entsprechende Lösungen zu suchen.

Den VerbraucherInnen kommt in der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft eine zentrale Schlüsselrolle zu. Ein bewusster Konsum, bei dem Qualität und Herkunft der Lebensmittel wichtigere Kriterien sind als der Preis, wird auch ein entsprechendes Angebot zur Folge haben. Ohne eine Veränderung im Einkaufsverhalten kann es keine Umorientierung in der landwirtschaftlichen Erzeugung geben.

Eine stärkere regionale Orientierung der Nachfrage ist ein Schlüssel zu einer verbesserten Transparenz und zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Lebensmittelerzeugung. Um diese Regionalisierung auch auf dem Markt umsetzen zu können, fordert der BDJ Bayern verstärkte Anstrengungen der Landwirtschaft, der Politik und der Verbraucher- und Umweltschutzverbände für den Aufbau von Marktstrukturen sowie für die Bewusstseinsbildung und die damit verbundene Veränderung des Verkaufsverhaltens der VerbraucherInnen notwendig.

Einstimmig beschlossen bei der BDJ-Landesversammlung I/2001 am 1. April 2001